

PARLAMENT AKTUELL



Newsletter des NR Abg. Gerhard Steier

26.1.2006

SPEZIAL: *Unterschriftenaktion „Sicher zur Schule“*

Online: <http://www.siegenderf.info/frame.html>;
 <http://www.siegenderf.info/pdf/SicherzurSchule012006.pdf>

| Inhalt | Seite |
|---|-------|
| I. Kurzinformation zur Plenarsitzung vom 25.1.2006 | 2-4 |
| II. Aktivitäten | |
| a) Presse und Aktivitäten | 5 |
| b) Neuigkeiten aus der EU | 5 |
| c) Reden | 5-7 |

Inhaltliche **Schwerpunkte** der beiden Plenartage waren vor allem Verkehrsthemen (begleitende Regelungen zum geplanten Tempo-160-kmh-Versuch des Verkehrsministers, Flugverkehr) und die geplante Privatisierung der Post.

Eingeleitet wurde die Plenarsitzung mit einer **Aktuellen Stunde** zum Thema „Behindertenpolitik: Gleiche Rechte für alle Menschen mit besonderen Bedürfnissen“. Ein [Dringlicher Antrag](#) (ÖVP) führte zu einer Debatte über die geplante Privatisierung der Post. Ein [SPÖ-Entschließungsantrag](#) zur nachhaltigen Entwicklung der Post-AG blieb in der Minderheit und wurde abgelehnt. Den Abschluss des Sitzungstages bildete eine Kurzdebatte zum Thema **Ortstafelstreit**.

¹ Alle Abstimmungsergebnisse noch vorläufig; endgültige Fassung ab Mitte Februar unter www.parlament.gv.at abrufbar.

Die wesentlichsten Inhalte im Detail, nach Tagesordnungspunkten

135. Sitzung, Mittwoch 25.Jänner 2006

TOP 1. 9.Führerscheingesez-Novelle ([1274 d.B.](#))

Geschwindigkeitshöchstgrenze von 180 kmh für den Entzug der Lenkerberechtigung auch bei einer Anhebung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf bestimmten Autobahnabschnitten
Regierungsmehrheit

TOP 2. Bundesstraßen-Mautgesetz 2002, ASFINAG-Gesetz ([1275 d.B.](#))

Umsetzung Interoperabilitätsrichtlinie
einstimmig

TOP 3. Änderung Luftfahrtgesetz ([1263 d.B.](#))

Anerkennung von Pilotenlizenzen entsprechend JAR-FCL; einheitliche Regelungen für Zivilluftfahrtscheine
mehrheitlich

siehe Bereich Reden

TOP 4. Protokoll über den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zum Internationalen Übereinkommen vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt "EUROCONTROL" entsprechend den verschiedenen vorgenommenen Änderungen in der Neufassung des Protokolls vom 27. Juni 1997 samt Schlussakte ([1276 d.B.](#))

TOP 5. Protokoll zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt "EUROCONTROL" entsprechend den verschiedenen vorgenommenen Änderungen samt Zusatzprotokoll und Schlussakte ([1277 d.B.](#))

Übereinkommen steht künftig einer regionalen Wirtschaftsintegration zum Beitritt offen; Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zur europäischen Organisation für Flugsicherung „Eurocontrol“
einstimmig

TOP 6. Rechnungshofbericht Bund 2005/7 [\(1242 d.B.\)](#)

U.a. Prüfung der Besteuerungspraxis von Vereinen (darunter auch Verein zur Förderung der New Economy)
mehrheitlich

TOP 7. Rechnungshofbericht Bund 2005/8 [\(1266 d.B.\)](#)

Prüfung E-Card-Projekt
mehrheitlich

TOP 8. Bundesverfassungsgesetz über den Abschluss des Vertrages über den Beitritt der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union [\(1278 d.B.\)](#)

Grundlage für den Beitrittsvertrag mit Rumänien und Bulgarien
2/3-Mehrheit

TOP 9. Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen [\(1267 d.B.\)](#)

Bericht über diverse Bürgerinitiativen/Petitionen
mehrheitlich

siehe Bereich Reden

TOP 10. Erste Lesung SP-Antrag BG, mit dem das Urlaubsgesetz 1976 und das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert werden [\(744/A\)](#)

Ausweitung Pflegefreistellung
Antrag wurde dem Sozialausschuss zugewiesen

III. Aktivitäten

a) Presse:

- Forderung nach Sonderbericht zu ARA-System, 25.1.06;

http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20060125_OT50075&ch=politik

- Luftfahrtgesetz; 25.1.2006

http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20060125_OT50211&ch=wirtschaft

b) Neuigkeiten aus der EU



- **Nachhaltige Städte** – Thematische Strategie;

http://www.europa.eu.int/comm/environment/urban/home_en.htm

- **Emissionshandel**

<http://www.europa.eu.int/comm/environment/climat/emission.htm>

c) Reden:

Rede Flugverkehr, 25.1.2006:

12.43

Abgeordneter Gerhard Steier (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!
Meine geschätzten Damen und Herren! Auf der heutigen Tagesordnung stehen zwei
Materien aus dem Bereich der Luftfahrt, und zwar, wie mein Vorredner erwähnt hat,
zwei Protokolle zu „EUROCONTROL“, mit dem Ziel einer weiteren Harmonisierung und
Modernisierung des Flugverkehrsmanagements in Europa. Diesen Vorlagen geben
wir uneingeschränkt unsere Zustimmung.

Etwas genauer eingehen möchte ich auf die Änderung des Luftfahrtgesetzes. Ich
darf hier eingangs auf den zitierten Abänderungsantrag verweisen, der auf Initiative
des Genossen Eder eingebracht wurde und der die Änderung des § 134a in zweiter
Lesung vorsieht. Weiters darf ich auf die Übernahme von Regelungen der Joint
Aviation Authorities zur Lizenzierung von Piloten in österreichisches Recht verweisen.
Nachdem die Mehrzahl europäischer Staaten diese Pilotenlizenzen bereits den
internationalen Regelungen unterworfen hat, zieht hier Österreich nach. Einheitliche
Regelungen für Zivilluftfahrtscheine in Europa bringen nämlich nicht nur bessere
berufliche Chancen für das Luftfahrtpersonal, sondern auch harmonisierte Aus- und
Weiterbildungsstandards und damit mehr Sicherheit in der Luft für alle.

Die EU-Kommission hat erst vor kurzem unterschiedliche Sicherheitsniveaus einzelner Staaten im Bereich der Luftfahrt kritisiert und weitere Vorschläge für Gemeinschaftsvorschriften angekündigt. Angesichts des wachsenden Luftverkehrsaufkommens, meine geschätzten Damen und Herren, sicher eine notwendige Entwicklung.

Im österreichischen Luftraum wurden 2005 erstmals über eine Million Flugzeuge registriert, und diese Wachstumsperspektiven der Luftverkehrs in Europa lassen bis 2025 eine Verdoppelung und in einigen Regionen sogar eine Verdreifachung des Verkehrsvolumens erwarten.

Meine geschätzten Damen und Herren! In diesem Zusammenhang wird auch die Reduzierung der Umweltbelastungen durch den Luftverkehr immer mehr zum Thema.

Derzeit beträgt der Anteil des Luftverkehrs an der Gesamtmenge der Treibhausgase in der EU 3 Prozent, allerdings mit steigender Tendenz. Die Emissionen internationaler Flüge in der EU sind zwischen 1990 und 2003 um 73 Prozent gewachsen. Ohne Gegenmaßnahmen – und darin sollten wir uns einig sein – werden sich diese Steigerungen bis 2012 auf 150 Prozent erhöhen. Der Vorschlag der EU-Kommission, daher auch den Luftverkehr in ein EU-Emissionshandelssystem einzubeziehen, wird mit Sicherheit noch hitzige Debatten hervorrufen. – Danke schön. (Beifall bei der SPÖ sowie des Abg. Dipl.-Ing. Regler.) 12.46

Rede Sammelbericht Petitionsausschuss, 25.1.2006:

Abgeordneter Gerhard Steier (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Die Berichte des Petitionsausschusses zeigen wieder einmal sehr plakativ auf, in welchen Bereichen die Bürgerinnen und Bürger der Schuh drückt. Auch aus dem heute vorliegenden Sammelbericht ist die Sorge um den Verlust von Infrastruktur abzulesen. Weniger Exekutive, weniger Postämter, weniger Verkehrsverbindungen – all das sind Themen, die vor allem die Menschen im ländlichen Raum ganz massiv bewegen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Es macht eben einen Unterschied, ob man die Exekutive im Ort hat oder im Notfall warten muss, bis die Polizei entweder aus dem Nachbarort oder von viel weiter her anfährt. Es macht ebenfalls einen großen Unterschied, ob das Postamt im Ort ist oder ob ich mich ins Auto setzen muss, um an meine Pakete zu kommen oder Briefe aufzugeben. Es macht ebenfalls einen Unterschied, ob ich mich mit dem Bus oder der Bahn in akzeptablen Intervallen von A nach B bewegen kann oder ob ich auf das Auto angewiesen bin. (Abg. Mag. Wurm: Wenn Sie eines haben!)

Meine geschätzten Damen und Herren! Während weniger Postämter und schlechterer Nahverkehr für mobile berufstätige Menschen im ländlichen Raum im besten Fall ein massives Ärgernis bedeuten, ist dies für die ganz jungen Menschen und speziell für die älteren Bürger ein ernstes Problem. Denn wie soll ich diese längeren Wege bewältigen, wenn ich noch nicht oder nicht mehr mit dem Auto fahren kann.

Meine Damen und Herren! Gerade aus diesen ganz praktischen Gründen stehen Petitionen und Bürgerinitiativen, die den Verlust bestehender Infrastruktur und die Ausdünnung der Versorgung vor allem in ländlichen Regionen zum Thema haben, regelmäßig auf der Tagesordnung des Petitionsausschusses, weil derartige Entwicklungen grundsätzlich viel weniger Lebensqualität für die Menschen bedeuten. Daher ist es von unserer Seite her absolut nicht akzeptabel, dass immer wieder unter den gleichen Ansprüchen speziell der ländliche Raum ausgedünnt wird. Wir werden auch weiterhin die Diskussion darüber führen, dass die Regierungsparteien hier Vorreiter und „Entwicklungsschädiger“ sind. – Danke schön. (Beifall bei der SPÖ.) 21.22

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Suzana Lascsak-Kerec, Büro Abg.z.NR Gerhard Steier

Parlament, 1010 Wien

Telefon: 40110-3661; e-Mail:

suzana.lascsak-kerec@parlament.gv.at